

Stellungnahme der Bundesregierung zum zweiten nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2008“

Der zweite gemeinsam von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2008“ wurde am 12. Juni 2008 veröffentlicht. Auch dieser Bericht wurde von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellt und durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Mit seiner Vorlage wird Beschlüssen des Deutschen Bundestages entsprochen (Bundestagsdrucksache 14/9665 vom 2. Juli 2002 und Plenarprotokoll 14/248 des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 sowie Bundestagsdrucksache 16/6614 vom 10. Oktober 2007 und Plenarprotokoll 16/118 des Deutschen Bundestages vom 11. Oktober 2007).

I. Positive Entwicklungen und zentrale Herausforderungen

„Bildung in Deutschland 2008“ ist eine differenzierte Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in allen Bildungsbereichen.

Der Bericht zeigt, wo unser Bildungswesen steht und dokumentiert dabei Erfolge und erfreuliche Entwicklungen, beispielsweise den Ausbau der Angebote bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung und bei den Ganztagschulen, die Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes, die Steigerung der Studienanfängerzahlen und den neuen Höchststand bei der Anzahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Auch die durchgängig guten Bildungserfolge der Mädchen und jungen Frauen gehören zu den positiven Trends. Diese Ergebnisse und der insgesamt stetig steigende Bildungsstand der Bevölkerung sind angesichts des Fachkräftebedarfs und der wachsenden Qualifikationsanforderungen in der Wirtschaft positiv zu bewerten.

Der Bericht zeigt aber auch, welche Herausforderungen es künftig zu meistern gilt. Hier weisen die Autoren besonders auf drei zentrale Gesichtspunkte hin:

- *Weiterentwicklung der Strukturen in der beruflichen Ausbildung*

Beim Übergang aus der Schule in die berufliche Ausbildung bestehen für Jugendliche mit geringem Bildungsniveau besondere Schwierigkeiten. Schulabgängerinnen und -abgänger mit geringeren Qualifikationen - insbesondere jene mit Migrationshintergrund - durchlaufen zu lange das ausbildungsvorbereitende Übergangssystem und finden von dort nur schwer Anschluss zur Berufsausbildung. Zur Optimierung des Übergangssystems ist insbesondere eine stärkere zielgruppenspezifische Ausrichtung geboten. Auch gilt es, die vielfältigen Maßnahmen transparenter zu machen und ihre Effektivität und Effizienz kontinuierlich zu überprüfen.

- *Verbesserung der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*
Die Chancen auf Beschäftigung und Aufstieg junger Menschen mit Migrationshintergrund sind geringer als die ihrer Altersgenossen. Hier ist eine früh einsetzende, durchgängige, gut abgestimmte und zielgruppenspezifische Förderung über das Schulalter hinaus erforderlich.
- *Deckung des Ersatz- und Zusatzbedarfs an qualifiziertem pädagogischen Personal*
Eine weitere Herausforderung besteht in der Gewinnung gut qualifizierten pädagogischen Personals, sowohl in der Nachfolge altersbedingt ausscheidender Lehrkräfte, insbesondere in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, als auch für zusätzliche Aufgaben im Bereich frühkindlicher Bildung, insbesondere beim Ausbau der Kindertagesbetreuung.

II. Gemeinsam Verantwortung wahrnehmen – die Qualifizierungsinitiative für Deutschland

Darüber hinaus gibt der Bildungsbericht weitere wichtige Hinweise darauf, welche Schritte im Bildungsbereich erforderlich sind, um die individuellen Bildungschancen weiter zu verbessern und den Fachkräftenachwuchs für morgen zu sichern. Bund und Länder stellen sich entlang ihrer jeweiligen Zuständigkeiten ihrer gemeinsamen Verantwortung. Die gewachsene Aufmerksamkeit für die Bildungspolitik ist Aufforderung und Chance zugleich, jetzt einen erheblichen Schritt voran zu kommen.

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben im Dezember 2007 vereinbart, mit einer gemeinsamen Qualifizierungsinitiative ein deutliches bildungspolitisches Signal zu setzen. Die zuständigen Fachministerinnen und -minister des Bundes und der Länder wurden beauftragt, bis zum Treffen der Regierungschefs im Oktober 2008 Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in einer „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ zu bündeln. Zentrales Ziel ist, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht dabei, die Bildungschancen in allen Bildungsbereichen - von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung - zu erhöhen sowie die Übergänge innerhalb des Bildungssystems und zum Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt zu verbessern. Hierzu werden Bund und Länder gemeinsame Ziele und abgestimmte Maßnahmen vereinbaren.

Für die Bundesregierung geht dabei „Prävention vor Reparatur“. Der frühe Erwerb von notwendigen Kompetenzen muss Vorrang haben vor nachholender Qualifizierung. Deshalb muss der Bereich der frühen Bildung qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Auch ist zu gewährleisten, dass schulische Vorbildung auf den unterschiedlichen Stufen die Basiskompetenzen für den Übergang in Ausbildung oder Studium vermittelt. Das setzt noch mehr Aufmerksamkeit für die spezifischen Talente und Begabungen, ggf. aber auch für den Unterstützungsbedarf jedes Einzelnen voraus. Dabei geht es immer sowohl um die Eröffnung zusätzlicher Chancen als auch um die Aktivierung, Chancen eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Individuelle Förderung ist dann erfolgreich, wenn sie die Bildungsmotivation jedes Einzelnen, seiner Familie und seines Umfeldes anspricht. Denn Bildungserfolg hängt auch von der Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zu fördern und zu fordern, und der Qualifikation und dem Engagement des Personals ab. Deshalb muss es Ziel sein, talentierte und motivierte Menschen für Berufe bzw. Tätigkeiten im Bildungswesen z. B. als Tagespflegeperson, Erzieherin/Erzieher, Lehrerin/Lehrer, Ausbilderin/Ausbilder oder Hochschullehrerin/Hochschullehrer zu gewinnen. Auch müssen die Anstrengungen verstärkt werden, für die pädagogische Arbeit mit Kindern mehr Männer zu interessieren.

Insgesamt setzt ein leistungsfähiges Bildungssystem ausreichende Investitionen voraus. Die Bildungsausgaben pro Teilnehmenden in Deutschland sind in der Vergangenheit bereits gestiegen. Die Bundesregierung hat mit dem Ganztagschulprogramm einen wichtigen Beitrag geleistet. Sie wird nach dessen Auslaufen ihre sonstigen Bildungsinvestitionen weiter ausbauen und erwartet, dass auch die Länder ihre Aufwendungen für den Bildungsbereich steigern. So können die Mittel pro Teilnehmenden spürbar erhöht und ein erheblicher Qualitätsschub erreicht werden. Allein die Erhaltung der Bildungsausgaben bei zurückgehenden Schülerzahlen würde es den Ländern bereits ermöglichen, die Investitionen pro Teilnehmenden weiter zu erhöhen.

III. Übergänge verbessern – Aufstieg durch Bildung ermöglichen

Das Schwerpunktkapitel des Bildungsberichts zu den Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I belegt: Es wird künftig darauf ankommen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erweitern, Übergänge zu verbessern und Aufstiegswege weiter auszubauen. An allen Gelenkstellen des Bildungssystems müssen Abschlüsse zu Anschlüssen für erfolgreiche Bildungskarrieren werden. Daher hält die Bundesregierung folgende Maßnahmen (vgl. dazu im Einzelnen Kapitel IV) für vordringlich, die auch Gegenstand der Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern sein sollen:

1. Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung einer erfolgreichen Bildungslaufbahn. Die Grundlage dafür wird in der frühkindlichen Entwicklung gelegt. Ziel ist, dass jedes Kind und insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund vor Beginn der Schullaufbahn über ausreichende Deutschkenntnisse und eine ausgeprägte Lernmotivation verfügen. Dazu sind mehr Förderangebote sowie flächendeckende und verbindliche Sprachstandsfeststellungen im frühkindlichen Bereich erforderlich.

2. Mehr schulische Bildungsaufstiege und Stärkung der Ausbildungsfähigkeit

Die Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss bzw. ohne zureichende Basiskompetenzen ist nach wie vor zu hoch. Schullaufbahnen sozial benachteiligter Kinder –

insbesondere mit Migrationshintergrund – sind durch unzureichende Bildungsaufstiege in weiterführende Schulformen gekennzeichnet. Das erschwert den erfolgreichen Übergang in eine Ausbildung. Die Bundesregierung hält eine Halbierung der Anzahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher binnen fünf Jahren für möglich. Das erfordert entsprechende Maßnahmen der Länder, die durch den Ausbau der vertieften Berufsorientierung an Schulen durch die Bundesagentur für Arbeit und den Einsatz von Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern flankiert werden können, der in den kommenden vier Jahren an 1.000 allgemein bildenden Schulen modellhaft erprobt werden soll und die vielfältigen ehrenamtlichen Ausbildungspatenschaften ergänzt.

3. Umbau des Übergangssystems zu einem Ausbildungseinstieg

Ziel der Bundesregierung ist, möglichst jedem jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Für Jugendliche, die nach der Schule noch nicht ausbildungsreif sind oder keinen Ausbildungsplatz finden, müssen wirksame Einstiegsmaßnahmen zur Verfügung stehen, die sich nicht als „Warteschleifen“ herausstellen, sondern als Brücken in die Berufsausbildung. Dies gilt insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Bundesregierung wird u. a. gemeinsam mit Ländern, Sozialpartnern und Bildungsträgern Ausbildungsbausteine in 14 Berufen erproben und damit direkte Anschlüsse an die duale Ausbildung herstellen.

4. Ausbau der Aufstiegswege

Die Chance zum Aufstieg durch Bildung gehört zum Kern eines leistungsfähigen und gerechten Bildungssystems. Deshalb wird die Bundesregierung Aufstiegswege ausbauen, u. a. durch ein verbessertes Meister-BAföG und die Vergabe von Aufstiegsstipendien. Darüber hinaus strebt die Bundesregierung eine deutliche Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte durch die Länder sowie erweiterte Fördermöglichkeiten u. a. zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen an.

5. Erweiterung der Studienchancen

Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland strebt die Bundesregierung eine Zielmarke von 40 Prozent Studienanfängern pro Jahrgang an. Dazu sind eine Fortsetzung des Hochschulpaktes und eine Modernisierung der Studienplatzvermittlung erforderlich. Besonders wichtig sind zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger in Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Daher sind verstärkte Bemühungen um diese Fächer in allen Bereichen des Bildungswesens nötig.

IV. Bildungsbereichsspezifische Ergebnisse und Schlussfolgerungen im Einzelnen

a) Frühkindliche Bildung weiter stärken

Ergebnisse

Ausbau und Nutzung der Angebote zur frühkindlichen Bildung und Betreuung machen gute Fortschritte. Die Gewinnung und Qualifizierung des notwendigen Personals hat eine besondere Bedeutung bei der Erweiterung des Angebots für die unter Dreijährigen. Der längerfristige Ertrag früher Förderung ist durch internationale Vergleichsstudien belegbar; Kindertageseinrichtungen spielen eine wichtige Rolle für den Bildungserfolg. Bezogen auf die Rahmenbedingungen und Effekte früher Förderung – insbesondere der Sprachförderung – ist allerdings noch ein großer Forschungsbedarf zu verzeichnen.

Schlussfolgerungen

Frühe Förderung ist der Schlüssel zu mehr Bildungs- und Lebenschancen für alle Kinder. Bund und Länder haben bereits den Ausbau des Platzangebotes in Kindertageseinrichtungen vereinbart. Dieser Schritt muss jetzt durch eine Erhöhung der Qualität der Angebote - z. B. über eine gezielte Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals – und die stärkere Verknüpfung von Bildung und Betreuung begleitet werden. Die Erhöhung der Wirksamkeit früher Förderung ist durch Bildungsforschung zu unterstützen.

Maßnahmen

Zur Steigerung der Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird die Bundesregierung 2008 eine gezielte Fortbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Tagespflegepersonen starten. Innerhalb des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung wird Forschung zur Sprachdiagnostik und Sprachförderung unterstützt, um Instrumentarien zur Sprachstandsfeststellung als Grundlagen für individuelle Sprachförderung weiterzuentwickeln. Basierend auf den Erkenntnissen von Forschung muss die diagnostische Kompetenz des pädagogischen Personals und die Fähigkeit zur individuellen Förderung gestärkt werden.

Wichtige Grundlagen für qualitative Verbesserungen müssen auch durch die Länder geschaffen werden. Dazu gehören eine flächendeckende und kostenfreie frühe Sprachförderung, der Ausbau von Angeboten aktivierender Elternarbeit sowie die Entwicklung und Umsetzung aufeinander abgestimmter Bildungsziele für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Grundschulen.

b) Bessere Bildungschancen für alle

Ergebnisse

Die jüngsten Ergebnisse der Schulleistungsstudien belegen eine Verbesserung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern seit 2000 und damit positive Entwicklungstrends in wichtigen Lernbereichen. Eine Herausforderung bleibt die noch immer zu starke Kopplung von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund mit dem Bildungserfolg. Auch die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist immer noch zu hoch. Gleichzeitig belegt der Bildungsbericht, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die den Einstieg in Ausbildung schaffen, in hohem Umfang erfolgreiche Bildungsverläufe haben.

Schlussfolgerungen

Wir brauchen ein förderndes und forderndes Bildungssystem, das an die Stärken und Lernvoraussetzungen jeder und jedes Einzelnen anknüpft. Dabei kommen z. B. dem Auf- und Ausbau von Ganztagschulen mit zusätzlichen Bildungs- und Förderangeboten sowie einer aktivierenden Elternarbeit eine besondere Bedeutung zu. Für jeden Jugendlichen muss es nach der Schule mit einer Qualifizierung weitergehen. Ein vorrangiges Ziel ist die Halbierung der Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in den nächsten fünf Jahren.

Maßnahmen

Die Bundesregierung unterstützt den Ausbau des Ganztagsschulangebots bis 2009 durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“. Darüber hinaus flankiert die Bundesregierung Reformmaßnahmen der Länder zur Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität im Rahmen seiner Forschungszuständigkeit. Im Kontext des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung wird – abgestimmt zwischen Bund und Ländern – auch zur kontinuierlichen, individuellen und zielgruppenspezifischen Förderung von Jugendlichen verstärkt Forschung stattfinden. Dabei wird auch die Kopplung von sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund und Bildungserfolg eine wichtige Forschungsfrage darstellen.

Um die Halbierung der Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu erreichen, bedarf es insbesondere weiterer Initiativen der Länder, u. a. im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, sowie einer vertieften Berufsorientierung an den Schulen im Zusammenwirken von Ländern und Bund. Die Bundesregierung begrüßt vor diesem Hintergrund, dass sich die Länder im Nationalen Integrationsplan bereits das Ziel gesetzt haben, die Abbrecher- und Wiederholerquoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in fünf Jahren an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler anzugleichen.

Zur Senkung der Schulabbrecherquote initiierte die Bundesregierung Ende 2006 das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, das als wesentlicher Beitrag des Bundes zur Senkung der Schulabbrecherquote unter dem Dach der Initiative „Jugend und Chancen - Integration fördern“ ab September 2008 fortgesetzt und erheblich ausgebaut wird. So genannte „harte“ Schulverweigerer vor allem von Hauptschulen werden in das Regelschulsystem reintegriert und erhalten damit eine Chance zur Erlangung des Schulabschlusses.

Darüber hinaus plant die Bundesregierung, im Zusammenwirken mit der Bundesagentur für Arbeit die Förderung und Qualifizierung von nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen ohne Schul- bzw. Berufsabschluss zu intensivieren, um deren Beschäftigungschancen zu verbessern.

Lokale Partnerschaften zwischen Schulen, Schulträgern, Arbeitsagenturen und Unternehmen sind für die Berufsorientierung ein wichtiges Instrument. Durch den modellhaften Einsatz von Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern an 1.000 Schulen werden Jugendliche frühzeitig beim Übergang unterstützt. Um individuelle Kompetenzen zu dokumentieren, wird sich die Bundesregierung für den flächendeckenden Einsatz des Berufswahlpasses einsetzen.

Je früher Jugendliche Erfahrungen mit Berufsbildern gewinnen, desto stärker ist ihre Motivation, einen guten Schulabschluss zu erreichen, um einen qualifizierten Beruf zu erlernen. Mit einem Programm zur Berufsorientierung unterstützt die Bundesregierung deshalb insbesondere Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen ab Klasse 8. An Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf wendet sich das Projekt der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „komm auf tour – meine Stärken, meine Zukunft“. Das in dieser Form bundesweit einzigartige Angebot verbindet geschlechtersensibel die persönliche Auseinandersetzung des Ausbildungs- mit dem Lebensweg und unterstützt Schülerinnen und Schüler der 7. Haupt- und Gesamtschulklassen frühzeitig bei dem Entdecken ihrer Stärken und Interessen.

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund besteht darüber hinaus das Angebot, mit einem speziell auf ihre Lebenssituation zugeschnittenen Integrationsförderplan mit dem Schwerpunkt „Übergang Schule-Beruf“ professionelle Hilfe über die bundesweit rund 400 Jugendmigrationsdienste zu erhalten.

Um die Grundlagen für Ausbildungsreife zu sichern, müssen die Jugendlichen jedoch zumindest in den Fächern Deutsch und Mathematik mehr als das Basisniveau erreichen. Die Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten bieten den Ländern die Möglichkeit, Lerndefizite frühzeitiger zu erkennen und damit die Ausbildungsreife zu verbessern.

c) Berufsausbildung für alle verwirklichen

Ergebnisse

Die berufliche Ausbildung (dual und vollzeitschulisch) ermöglicht zwei Dritteln eines Altersjahrgangs einen qualifizierten Ausbildungsabschluss und ist damit auch im internationalen Vergleich besonders leistungsfähig. Das Ausbildungsplatzangebot im dualen System ist in den zurückliegenden zwei Jahren – insbesondere 2007 – wieder deutlich angestiegen. Allerdings profitieren davon nicht alle Jugendlichen in gleicher Weise: Schulabgängerinnen und -abgänger mit und ohne Hauptschulabschluss und dabei besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund haben weniger Chancen auf einen attraktiven, zukunftsfähigen Ausbildungsberuf als ihre Altersgenossen.

Schlussfolgerungen

In den kommenden Jahren müssen noch mehr Jugendliche im dualen System einen Ausbildungsplatz finden. Die positive wirtschaftliche Entwicklung, die sich bereits am Arbeits- und

Ausbildungsmarkt auswirkt, bietet hierfür günstige Voraussetzungen. Wichtige Ansatzpunkte sind dabei auch die passgenaue Vermittlung der Auszubildenden auf die vorhandenen Angebote und vor allem die Vermittlung von Altbewerbern. Neben der Bereitstellung eines ausreichenden Ausbildungsangebots sind angesichts des strukturellen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft auch weitergehende Reformen erforderlich, um Übergänge in berufliche Ausbildung zu verbessern und langfristige Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Wie für den Schulbereich verfolgt die Bundesregierung das Ziel, gemeinsam mit der Wirtschaft die Anzahl der Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrecher zu halbieren.

Maßnahmen

Die Bundesregierung trägt mit verschiedenen Maßnahmen dazu bei, das Übergangssystem zu einem Einstiegssystem in die berufliche Ausbildung zu entwickeln.

So sollen Ausbildungsbausteine, die in Maßnahmen des Übergangssystems erprobt werden, die Kooperation und Anschlussfähigkeit zwischen Teilbereichen des Berufsausbildungssystems verbessern. Basierend auf den Ausbildungsordnungen wurden Bausteine für 14 Berufe in Industrie, Handel und Handwerk entwickelt. Ziel ist eine bessere Anrechenbarkeit bereits erworbener Kompetenzen und eine stärkere Ausrichtung von außerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen auf das duale System, die schließlich zu einer Abschlussprüfung führen sollen.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den Schwerpunkten „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ zielt darauf, vorhandene Fördermaßnahmen und -initiativen für die Erfüllung des tatsächlichen Förderbedarfs Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsabschluss zielgerichteter zu nutzen und dafür die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort strukturell weiter zu entwickeln.

Mit dem Programm „Kompetenzagenturen“ hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, besonders benachteiligte Jugendliche, die nach der Schule von den vorhandenen Hilfsangeboten nicht erreicht werden, aufzusuchen und durch zusätzliche sozialpädagogische Hilfestellungen sozial und in Beruf und Arbeitswelt zu integrieren. Mit den Kompetenzagenturen wurden neutrale Institutionen geschaffen, die durch aufsuchende und frühzeitig ansetzende, langfristige Strategien der individuellen Hilfeplanung eine Case Managementfunktion für diese Jugendlichen und die beteiligten Akteure und Institutionen einnehmen.

Durch den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs wird der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt verbessert. Im Jahr 2007 ist die Paktzusage von 60.000 mit der Einwerbung von 88.900 neuen Ausbildungsplätzen übertroffen worden. 53.600 neue Ausbildungsbetriebe konnten gewonnen werden. Auch die Bundesverwaltung hat ihren Beitrag geleistet und im Jahr 2007 mit einer Ausbildungsquote von 7,6 Prozent erneut die Zielmarke von sieben Prozent übertroffen.

BMBF-Programme, wie JOBSTARTER und das Bund-Länder-Sonderprogramm Ost, schaffen zusätzliche Ausbildungsplätze und verbessern regionale Ausbildungsstrukturen. So wurden z. B. mit dem Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER seit Beginn seiner Laufzeit im Jahr 2006 mehr als 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze aquiriert. Ergänzend zu diesen quantitativen Verbesserungen wird durch regionale Projekte die qualitative Weiterentwicklung der betrieblichen Ausbildung vorangebracht. Mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost können Bund und Länder je nach Bedarf im Jahr 2008 rund 7.000 zusätzliche betriebsnahe Ausbildungsplätze für junge Menschen in den neuen Ländern zur Verfügung stellen.

Zur Integration von Altbewerberinnen und Altbewerbern in Ausbildung wird im Arbeitsförderungsrecht bereits für das Ausbildungsjahr 2008/2009 eine neue Fördermöglichkeit geschaffen. Arbeitgeber, die bis Ende 2010 für förderungsbedürftige Ausbildungsuchende aus früheren Schulentlassjahren allgemein bildender Schulen zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen System schaffen, werden mit einem einmaligen Ausbildungsbonus in Höhe von 4.000, 5.000 oder 6.000 Euro für jeden zusätzlichen Auszubildenden unterstützt.

Ein elementarer Bestandteil der strukturellen Weiterentwicklung der Berufsausbildung ist die kontinuierliche Entwicklung neuer Ausbildungsberufe bzw. die Modernisierung bestehender Berufsbilder, um den veränderten Anforderungen in den Unternehmen gerecht zu werden. Bund, Länder und Sozialpartner haben sich zum Ziel gesetzt, durch die Schaffung von Berufsgruppen die Zahl der Ausbildungsberufe zu reduzieren und die Flexibilität zwischen verwandten Berufen zu erhöhen.

Mit den im Juli 2007 vom Innovationskreis Berufliche Bildung vorgelegten „10 Leitlinien zur Modernisierung der Beruflichen Bildung“ wurden weitere wichtige Impulse für notwendige Strukturreformen geschaffen. Ziel ist es, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem zu schaffen, neue Integrations- und Ausbildungschancen für junge Menschen zu gewährleisten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Berufsbildungssystems zu stärken.

d) Steigende Studierendenzahlen als Chance nutzen

Ergebnisse

Die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger ist 2007 erstmals seit 2003 wieder gestiegen. Auch die Zahl der Studienabschlüsse hat zugenommen. Sowohl die Gesamtstudiendauer als auch die Studienabbruchquote konnten verringert werden. Gemessen an den Zielmarken bleiben jedoch Studiennachfrage und Absolventenquote unzureichend.

Schlussfolgerungen

Mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden auf dem Arbeitsmarkt gebraucht und stärken Deutschland im internationalen Wettbewerb. Zudem steigen mit einem Studium die beruflichen Erfolgsaussichten und die Verdienstmöglichkeiten. Der zwischen Bund und Ländern geschlossene Hochschulpakt beginnt zu greifen. Künftig müssen aber noch mehr

Personen für ein Studium gewonnen werden und dieses erfolgreich abschließen. Dies gilt insbesondere für die MINT-Fächer. Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten schließen in Deutschland deutlich weniger junge Menschen ein Studium in diesen Fächern als in anderen OECD-Staaten ab. Die Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte stellt ebenfalls einen wichtigen Ansatz zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials dar. Insgesamt soll die Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger auf 40 Prozent eines Jahrgangs gesteigert werden.

Maßnahmen

Im August 2008 ist eine erhebliche Erhöhung der Bedarfssätze um zehn Prozent und der Elternfreibeträge um acht Prozent zusätzlich in der Ausbildungsförderung (BAföG) wirksam geworden. Mit einem der umfangreichsten Finanzzuwächse in der Geschichte des BAföG überhaupt wird diese gemeinsame Investition von Bund und Ländern auch den Kreis der Geförderten wieder deutlich ausweiten, voraussichtlich um rund 100.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende im Monatsdurchschnitt. Außerdem ist seit Januar 2008 die Ausbildungsförderung für Migrantinnen und Migranten, sowohl in der beruflichen Ausbildung wie auch im Studium, deutlich verbessert, die Auslandsförderung nach dem BAföG auf komplette Ausbildungen innerhalb der Europäischen Union und der Schweiz ausgedehnt und mit dem neuen Kinderbetreuungszuschlag auch die besondere Belastung von Auszubildenden mit Kindern stärker berücksichtigt worden.

Um den Fachkräftenachwuchs zu sichern und mehr jungen Menschen den Weg an die Hochschule zu ermöglichen, beabsichtigt die Bundesregierung, den Hochschulpakt fortzuführen. Aus Sicht der Bundesregierung ist es erforderlich, dass die Länder gleichzeitig den Ausbau von Fachhochschulen und dualen Studiengängen verstärken. Des Weiteren müssen Hochschulen und Länder, z. B. durch eine verbesserte Betreuungsrelation, in der Ausbildung Strukturen schaffen, die zu einer deutlichen Senkung der Anzahl der Studienabbrecherinnen und -abbrecher, insbesondere im MINT-Bereich, führen.

Auf Initiative der Bundesregierung hat sich inzwischen ein breites Bündnis aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gebildet, das sich zum Ziel gesetzt hat, deutlich mehr junge Frauen für MINT-Berufe zu gewinnen. Als konkrete gemeinsame Ziele streben die Partner dieses Pakts an, den Anteil der Studienanfängerinnen in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern um durchschnittlich fünf Prozentpunkte zu erhöhen und bei Neueinstellungen im MINT-Bereich Frauen mindestens entsprechend ihres Anteils an den Absolventen zu berücksichtigen.

Durch eine systematische Stärkung der Forschung über Hochschulen wird darüber hinaus darauf hingewirkt, das empirisch abgesicherte Wissen über die Prozesse der Generierung und Vermittlung von wissenschaftlichem Wissen, seine Erfolgsvoraussetzungen und Wirkungszusammenhänge zu erhöhen. Im Mittelpunkt einer ersten Förderrunde stehen For-

schungsfragestellungen zum Bereich der Hochschullehre (z. B. Lehr-Lernformen, Governancefragen, Leistungsmessung, Professionalisierung der Lehrenden).

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung für mehr Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschule ein. Ihr Ziel ist es, den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte durch länderübergreifende, transparentere Zugangsregelungen für die Zulassung zum Studium, Anrechnung von Vorqualifikationen sowie die Entwicklung spezifischer verkürzter Studiengänge, die die Qualifikationen beruflicher Bildung einbeziehen, zu verbessern. In diesem Zusammenhang setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass der Hochschulzugang für Meister, Techniker, Fachwirte und vergleichbar geregelter Fortbildungsabschlüsse sowie für beruflich Qualifizierte nach erfolgreichem Berufsabschluss und dreijähriger Berufstätigkeit durch die Länder bzw. die Hochschulen entsprechend geregelt wird.

Zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem führt die Bundesregierung Aufstiegsstipendien ein. Mit einem solchen Stipendium sollen Menschen, die in Ausbildung und Beruf ihr besonderes Talent bewiesen haben, einen zusätzlichen Anreiz zur Aufnahme eines Studiums erhalten.

e) Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern

Ergebnisse

Die bis 2004 kontinuierlich gesunkene Weiterbildungsbeteiligung ist auf einem niedrigen Niveau zum Stillstand gekommen; in den neuen Ländern ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Personen mit geringer Qualifikation und Ältere beteiligen sich nach wie vor deutlich weniger an Weiterbildung als gut qualifizierte und jüngere Menschen. Auch die Häufigkeit informeller Lernaktivitäten ist vom Bildungs- und Qualifikationsstand abhängig. Die Weiterbildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit und der Wirtschaft sind deutlich zurückgegangen.

Schlussfolgerungen

Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit hängen u. a. von der Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung ab, denn nur so können auch angesichts des demographischen Wandels Beschäftigungsfähigkeit erhalten und neue Qualifikationspotenziale erschlossen werden. Darüber hinaus eröffnet Weiterbildung neue Berufs- und Lebensperspektiven. Die Weiterbildungsquote muss deshalb insbesondere mit Blick auf die Zielgruppen „Ältere“ und „gering Qualifizierte“ gesteigert werden. Insgesamt strebt die Bundesregierung an, die Beteiligung an Weiterbildung bis 2015 auf 50 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu steigern. Dazu ist eine Verbesserung der Weiterbildungsstrukturen ebenso wie eine Erhöhung der Investitionen in Weiterbildung notwendig. Hier sind vor allem die Unternehmen in der Verantwortung.

Maßnahmen

Im April 2008 hat die Bundesregierung die Konzeption zum Lernen im Lebenslauf verabschiedet. Sie beinhaltet zahlreiche Initiativen, um lebenslanges Lernen zu erleichtern. Dazu zählt zum Beispiel die Stärkung regionaler (Weiter-)Bildungsstrukturen durch das geplante Programm „Lernen vor Ort“, in dem auch ein regionales Bildungsmonitoring erprobt werden soll. Um die Bereitschaft jedes Einzelnen zu fördern, mehr für die eigene Weiterbildung zu tun, führt die Bundesregierung eine Bildungsprämie ein. Die Prämie richtet sich besonders an Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Weiterbildung soll helfen, künftige Maßnahmen noch zielgerichteter auf den Bedarf sowohl der Angebots- als auch der Nachfrageseite auszurichten.

Das Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) unterstützt die berufliche Aufstiegsfortbildung finanziell und erleichtert die Gründung von Existenzen. Nachdem das Meister-BAföG schon entsprechend der bereits beschlossenen Erhöhung der BAföG-Sätze für Studierende erhöht wird, beabsichtigt die Bundesregierung darüber hinaus, mit einer Novelle des Gesetzes den Personenkreis und die förderungsfähigen Fortbildungen zu erweitern.

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III ist von 2005 bis 2007 stark ausgeweitet worden: 2005 gab es 132.521 Eintritte in diesem Bereich, 2006 246.789 und 2007 341.262. Zur Stärkung der Qualifizierung von so genannten Geringqualifizierten sowie von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt die Bundesagentur für Arbeit zudem ein Sonderprogramm ("WeGebAU") mit einem Mitteleinsatz von jährlich 200 Mio. Euro fort.

V. Fortschreibung und Weiterentwicklung der nationalen Bildungsberichterstattung

2006 wurde der erste Bericht über das gesamte Bildungswesen in Deutschland veröffentlicht. „Bildung in Deutschland 2008“ setzt diese Berichterstattung fort, dokumentiert Entwicklungen in wichtigen Bereichen und ist insgesamt problemorientierter angelegt.

Zugleich werden die Rahmenbedingungen von Bildung gegenüber 2006 stärker auf zentrale Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft fokussiert. Die Wirkungen und Erträge von Bildung werden aus individueller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive beleuchtet und sind damit stärker an dem für die Berichterstattung grundlegenden Bildungsverständnis und den Zielen von Bildung orientiert.

Auch in der Darstellung der einzelnen Bildungsbereiche konnten Fortschritte gemacht werden. So wird beispielsweise über das pädagogische Personal in den Bildungseinrichtungen erheblich umfangreicher als 2006 berichtet. Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung ermöglicht die neue Kinder- und Jugendhilfestatistik eine erweiterte Beobachtungsperspektive; so kann die Situation von Kindern mit Behinderungen und Migrationshintergrund besser dargestellt werden. Bei der Weiterbildung und dem Lernen im Erwachse-

nenalter bieten seit 2007 internationale Erhebungen erweiterte Analysemöglichkeiten, die es beispielsweise erlauben, über Weiterbildungsstrategien von Unternehmen zu berichten.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung eines nationalen Bildungspanels fördern, das in längsschnittlicher Perspektive Bildungsprozesse im Lebenslauf erfassen wird. Zudem ist sie bereit, gemeinsam mit den Ländern die wissenschaftlichen Kapazitäten für Bildungsevaluation und -monitoring in Deutschland auszubauen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung weiterhin Forschungsprojekte zur Weiterentwicklung der Konzeption und des Indikatorenmodells des nationalen Bildungsberichtes fördern.

Der nächste nationale Bildungsbericht wird Mitte 2010 veröffentlicht.